

Steinbach im Wandel der Zeiten

Von der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahr 1368 bis zur Eingemeindung nach Backnang im Jahr 1941

Von Bernhard Trefz

Wie bei vielen Ortsjubiläen gilt auch im Fall von Steinbach: Der Ort dürfte wesentlich älter sein, als es seine erste urkundliche Erwähnung nahelegt. Diese stammt aus dem Jahr 1368, ist rein zufällig und sagt nichts über das wahre Alter von Steinbach aus. Als Grundlage für ein Jubiläum ist man jedoch auf die erste urkundliche Erwähnung angewiesen – alles andere wäre pure Spekulation.

Bedeutung des Ortsnamens

Wie die Endung -bach unschwer erkennen lässt, verdankt Steinbach seinen Namen einem Gewässer – dem heutigen Bodenbach, der in früheren Zeiten den Namen Steinbach trug, was vermutlich ein Hinweis auf die Beschaffenheit des Bachbetts war.¹

Hinweise auf eine frühere Besiedlung Steinbachs

Schon lange vor dem Jahr 1368 hinterließen Menschen ihre Spuren im Bereich des heutigen Steinbachs: Steinzeitliche Funde aus insgesamt sechs verschiedenen Lokalitäten auf der Markung Steinbach beweisen, dass bereits vor rund 10000 Jahren Menschen in diesem Gebiet unterwegs waren – auch wenn von einer dauerhaften Besiedlung noch nicht ausgegangen werden kann.²

Hinweise auf eine – zumindest zeitlich begrenzt vorhandene – menschliche Besiedlung gibt es für die römische Zeit: In der Backnanger Oberamtsbeschreibung von 1871 ist davon die Rede, dass bei Steinbach *in neuester Zeit unbedeutende Grundmauern eines abgegangenen römischen Gebäudes* gefunden worden seien. Außerdem entdeckte man *römische Ziegel und Bruchstücke von römischen Gefäßen*.³ Die Fundstelle wurde mit *westlich vom Ort* nur ungenau beschrieben, sodass heute nicht mehr nachvollziehbar ist, wo das römische Gebäude denn genau gestanden hat.⁴ Es gehörte vermutlich zu einer ganzen Reihe von römischen Gutshöfen, die während der rund 110 Jahre dauernden römischen Besetzung unserer Gegend errichtet wurden. Die römische Herrschaft endete schließlich Mitte des 3. Jahrhunderts n. Chr. mit dem Zusammenbruch des Limesystems.⁵

Danach bleibt die Geschichte der späteren Steinbacher Markung für über 1000 Jahre völlig im Dunkeln. Erst mit der Urkunde vom 1368 beginnt eine schriftliche Überlieferung, die zumindest einige kurze Einblicke in das mittelalterliche Steinbach zulässt.

Erste urkundliche Erwähnung

Die Urkunde, in der *Stainbach* erstmals erwähnt wird, wurde am 3. November 1368 ausgestellt. Allerdings ist die Originalurkunde nicht mehr vorhanden, die Verkaufshandlung jedoch in

¹ Vgl. dazu: Lutz Reichardt: Ortsnamenbuch des Rems-Murr-Kreises. Stuttgart 1993 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Bd. 128), S. 334.

² Zur wissenschaftlichen Bewertung und zeitlichen Einordnung der steinzeitlichen Funde siehe: Harald Floss/Markus Siegeris: Zur prähistorischen Besiedlung von Backnang und Umgebung. – In: Bjb 23, 2015, S. 130 bis 136.

³ Beschreibung des Oberamts Backnang. Hrsg. von dem königlich statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart 1871, S. 313.

⁴ Eine Zusammenstellung der möglichen Standorte in: Horst Denking: Die Römer im mittleren Murr gau (Teil 1). – In: Bjb 1, 1991/92, S. 20 ff.

⁵ Vgl. dazu: Ebd., S. 9 bis 28; ders.: Die Römer im mittleren Murr gau (Teil 2). – In: Bjb 2, 1993/94, S. 9 bis 39.



Ausschnitt aus dem Lagerbuch von 1568/69, in dem die Urkunde von 1368 beschrieben ist. Der Name „Stainbach“ findet sich auf der linken Seite, zweiter Abschnitt, oberste Zeile.

einem Lagerbuch von 1568/69 mit dem genauen Datum exakt dokumentiert. Der Inhalt lautet zusammengefasst folgendermaßen: Conrat Krümber, Sohn des Schultheißen von Schwaikheim, und seine Ehefrau Mechthild, Tochter des Harschers in Backnang, verkaufen Seifridt Fürderer, Chorherr zu Backnang, und dem Gotteshaus Backnang einen Hof zu Steinbach.⁶

Die Kaufhandlung fand in einer extremen Krisenzeit statt, die durch eine dramatische Klimaver-schlechterung ausgelöst war: Frost, Hochwasser und extreme Trockenperioden lösten sich in der Mitte des 14. Jahrhunderts ab und führten zu Missernten. Außerdem brach um 1365 eine schwere Pestepidemie in unserer Gegend aus, die einen extremen Bevölkerungsrückgang zur Folge hatte und unter anderem dafür sorgte, dass viele kleinere Adelsgeschlechter (beispielsweise auch die Herren von Maubach) völlig zusammenbrachen.⁷ Möglicherweise hatte auch Conrat Krümber finanzielle Probleme und musste deshalb seinen Hof in Stein-

bach verkaufen – zu einem Verkaufspreis, der, den oben beschriebenen Zeitumständen entsprechend, vergleichsweise niedrig gewesen sein dürfte. Auch der Käufer, das im frühen 12. Jahrhundert gegründete Backnanger Augustiner-Chorherrenstift, befand sich Mitte des 14. Jahrhunderts in einer schweren Existenzkrise. Es hatte zu der Zeit seine Eigenständigkeit praktisch verloren und stand unter der finanziellen Oberhoheit Württembergs. Immerhin war es aber noch in der Lage, Aufkäufe wie den in Steinbach zu tätigen.⁸

Natürlich würde man heute gerne wissen, wo denn der Hof der Familie Krümber in Steinbach gestanden hat. Allerdings lässt dies die schriftliche Überlieferung nicht zu: Kirchenbücher, in denen man zumindest die Familiennamen erforschen und Generationenabfolgen erkennen kann, existieren für Steinbach erst ab dem Jahr 1599 – also über 230 Jahre nach dem Verkauf. Fast schon erwartungsgemäß taucht der Name Krümber in den Steinbacher Kirchenbüchern dann auch gar nicht

⁶ HStAS H 102/6, Bd. 12, Bl. 650.

⁷ Vgl. dazu: Gerhard Fritz: Die Herren von Maubach bei Backnang. Eine Niederadelsfamilie im späten Mittelalter. – In: BJB 23, 2015, S. 139 bis 162.

⁸ Vgl. dazu: ders.: Das regulierte Augustiner-Chorherrenstift Backnang vom frühen 12. Jahrhundert bis zu seiner Umwandlung in ein Säkularstift 1477. – In: Gerhard Fritz (Hg.): Württembergische Stiftskirchen. Insbesondere das Stift St. Pancratius in Backnang. Backnang 2003 (= Backnanger Forschungen 5), S. 39 f.

mehr auf.⁹ Eine exakte räumliche Zuordnung der Steinbacher Gebäude ist sogar erst viel später möglich, da die dafür notwendigen schriftlichen Quellen erst im 19. Jahrhundert eine verlässliche Grundlage bieten. Deshalb ist es unmöglich, den genauen Standort des mittelalterlichen Hofes heute noch nachzuvollziehen – zumal auch auszuschließen ist, dass davon noch irgendetwas vorhanden ist.

Erwähnung Steinbachs im Jahr 1393

Genau 25 Jahre nach der ersten urkundlichen Erwähnung wird Steinbach erneut namentlich genannt. Im ältesten noch erhaltenen Backnanger Lagerbuch von 1393 sind die Abgaben verschiedener Orte aufgeführt, in denen das Backnanger Augustiner-Chorherrenstift Besitz hatte. Zu diesen Orten gehörte auch *Steimbach*. Auch in diesem Dokument werden wieder verschiedene Namen von damaligen Bewohnern Steinbachs genannt. So ist beispielsweise die Rede von einer Familie *Bantz*, von einem *Gebhart der Zimermann* oder von *Stephan und Bower Heintze*.¹⁰ Dies sind alles Namen, die später nicht mehr im Zusammenhang mit Steinbach auftauchen, weshalb auch hier eine genealogische Einordnung unmöglich ist. Auch dieses Lagerbuch wirft wiederum nur ein Schlaglicht auf Steinbach, liefert aber keinerlei Hinweise auf die mögliche Größe des Ortes oder gar die Wirtschafts- und Sozialstruktur.

Lagerbuch von 1528

Einen ersten detaillierteren Blick auf *Steinbach* lässt ein Lagerbuch aus dem Jahr 1528 zu.¹¹ Demnach gab es zu dieser Zeit im Ort sechs Höfe, jeweils bestehend aus Haus, Scheuer und Hofreite (= Hofraum), sowie fünf weitere Häuser.

Drei der Höfe gehörten Angehörigen der Familie *Leher*. Aus diesem Familiennamen dürfte sich später der Name „Layer/Layher“ entwickelt haben – ein Name, der in den folgenden Jahrhunderten bis heute in Steinbach nachweisbar ist.¹² Interessant an den Einträgen im Lagerbuch von 1528 ist auch noch der Hinweis auf *Weingärten*, das heißt spätestens seit dieser Zeit wurde in Steinbach Wein angebaut. Eine Kelter ist allerdings noch nicht erwähnt.

Steinbach im Dreißigjährigen Krieg

Der Dreißigjährige Krieg bedeutete für unsere Gegend einen tragischen Einschnitt, da die Bevölkerungszahl sich dramatisch reduzierte. Dies geschah weniger durch die Folgen direkter Kriegshandlungen als vielmehr durch die von Soldaten eingeschleppten Seuchen sowie durch eine gravierende Lebensmittelknappheit, deren Ursache die Versorgung der durchziehenden Truppen war. Vor allem die beiden Pestwellen von 1626 und 1635 sorgten für eine außergewöhnlich hohe Sterberate. Ganze Dörfer wurden dadurch mehr oder weniger entvölkert.¹³ Auch Steinbach wurde in diesen beiden Jahren heftig getroffen: So starben im ersten Pestjahr 1626 in Steinbach 70 Menschen (28 Erwachsene sowie 42 Kinder und Jugendliche). Im zweiten Pestjahr verloren dann allein von Juni bis Dezember 1635 weitere 44 Steinbacher (je 22 Erwachsene und Kinder) ihr Leben.¹⁴ Leider lässt sich heute nicht mehr feststellen, wie viele Einwohner Steinbach nach diesen erheblichen Verlusten noch hatte, allzu hoch dürfte die Einwohnerzahl jedoch nicht mehr gewesen sein.

Besonders erschütternd war das Schicksal der Familie Schnarrenberger: Ulrich Schnarrenberger wurde um 1585 in Steinbach geboren. Im Pestjahr 1626 war er zum zweiten Mal verheiratet

⁹ Vgl. dazu: Burkhart Oertel: Ortssippenbuch Backnang 4. Neubiberg 2005, S. 8 bis 101.

¹⁰ Eine Edition des Lagerbuches ist abgedruckt in: Fritz: Württembergische Stiftskirchen (wie Anm. 8), S. 99 bis 123. Die Einträge zu Steinbach befinden sich auf S. 101.

¹¹ Thomas Schulz: Altwürttembergische Lagerbücher aus der österreichischen Zeit 1520–1534 VI. Stuttgart 1991 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe A, Bd. 28), S. 41 f.

¹² Vgl. dazu: Oertel (wie Anm. 9).

¹³ Vgl. dazu: Andreas Kozlik: Demographische Entwicklungen in der Frühen Neuzeit an Hand von Beispielen aus den Pfarreien Murrhardt und Backnang. – In: Carsten Kottmann/Bernhard Trefz (Hg.): Glaube – Bildung – Gesellschaft. Leben in der Frühen Neuzeit (16.–18. Jh.). Beiträge der Backnanger Tagung vom 21. Juni 2002. Backnang 2006 (= Backnanger Forschungen 7), S. 69 bis 84.

¹⁴ Heinrich Kuttler: Das alte Steinbach. Dorfleben aus sechs Jahrhunderten. [Selbstverlag] 1999, S. 9.

und hatte insgesamt sechs Kinder, davon eines aus erster Ehe. Am 8. Juli 1626 starb zunächst seine zwölfjährige Tochter Dorothea aus erster Ehe und am 22. Juli 1626 seine 40-jährige zweite Ehefrau Margaretha sowie sein fünf Jahre alter Sohn Jacob. Drei Tage später, am 25. Juli, wurden dann sein sechs Jahre alter Sohn Stoffel, seine fünf Jahre alte Tochter Margaretha sowie seine beiden weiteren Söhne Hans (drei Jahre alt) und Georg (zwei Jahre alt) von der Pest hinweggerafft. Damit verlor Ulrich Schnarrenberger innerhalb von 17 Tagen seine komplette Familie. Er heiratete 1627 erneut, seine Frau starb jedoch bereits ein Jahr später. Im Jahr 1628 verheiratete er sich dann zum vierten Mal. Mit seiner neuen Ehefrau Maria bekam er insgesamt fünf Kinder, von denen zwei 1635 und 1636 – vermutlich infolge der zweiten Pestwelle – starben. 1636 verlor schließlich auch Ulrich Schnarrenberger selbst sein Leben.¹⁵

Ortsansicht und Flurkarte von Andreas Kieser um 1685

Einen ersten optischen Eindruck von Steinbach und seiner Umgebung bekommt man durch das Flurkartenwerk und die dazugehörige Ortsansicht von Andreas Kieser (1618 bis 1688) um das Jahr 1685.¹⁶ In der Flurkarte sieht man deutlich die eingezeichneten Weinberge und auch eine Kelter. Außerdem wird der Bach als *Steinbächle* bezeichnet, was noch einmal auf die Herkunft des Ortsnamens verweist. Ansonsten ist der Ort von viel Wald umgeben und durch verschiedene Wege an die Nachbarorte angeschlossen. Auf der Ortsansicht selbst sind rund 35 Gebäude zu erkennen, wobei die Unterscheidung zwischen Wohnhäusern und Scheunen nicht ganz eindeutig ist. Auffallend ist natürlich das Fehlen einer Kirche, die in Steinbach erst Mitte der 1930er-Jahre errichtet wurde. Schön zu sehen ist auch der freie Platz etwa in der Mitte des Dorfes, auf dem ein einzelner Baum steht – wahrscheinlich handelt es sich

dabei um eine Linde und es lassen sich davon die Namen der späteren Gastwirtschaft „Linde“ und des heutigen „Lindenplatzes“ ableiten.

Karte von 1769

Während für fast alle anderen Orte in unserer Gegend erst während der allgemeinen württembergischen Landesvermessung in den 1830er-Jahren ein Ortsplan angefertigt wurde, existiert für Steinbach noch eine interessante Zwischenstufe – eine *durch die Erste Division des Corps des Guides* von C. Poller im Jahr 1769 angefertigte Flurkarte.¹⁷ Übereinstimmend zur Karte von Kieser rund 85 Jahre zuvor, sieht man die Weinberge samt Kelter, das *Steinbächlen* sowie den in der Dorfmitte prominent platzierten Baum. Ein gravierender Unterschied ist jedoch, dass Steinbach sich seit 1685 erheblich vergrößert hatte: Eine angefügte Tabelle weist 47 *Feuerstätten* (sprich Wohnhäuser), 31 *Scheuren*, 56 *Rind Stalle*, 21 *Brunnen* sowie 40 *Privat Backofen* aus. Interessant ist, dass die Einwohnerzahl gar nicht, der Viehbestand dagegen ganz genau angegeben wurde: Er betrug 229.

Auswanderung nach Russland

Einen gewaltigen Aderlass an Einwohnern musste Steinbach verkraften, als 1819 insgesamt 70 Personen den Ort verließen und nach Russland auswanderten.¹⁸ Die Gründe für die Auswanderung waren sowohl geistlicher als auch weltlicher Natur. Das Jahr 1816 ging als „Jahr ohne Sommer“ in die Geschichte ein. Heute weiß man, dass der Ausbruch des Vulkans Tambora in Indonesien im Jahr zuvor dafür verantwortlich war, dass 1816 in Nordamerika und Europa ungewöhnlich kalte Temperaturen und heftige Unwetter herrschten.¹⁹ Dies hatte Missernten zur Folge, die vor allem im Jahr 1817 zu großen Hungers-

¹⁵ Oertel (wie Anm. 9), S. 78 (Nrn. 11390 bis 11393).

¹⁶ HStAS H 107/14, Bd. 6, Bl. 19.

¹⁷ Vgl. dazu: Alfred Engelhard: Ein heimatgeschichtliches Kleinod. – In: 100 Jahre Heimat- und Kunstverein Backnang. Backnang 1984 (= Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang 4), S. 85 ff.

¹⁸ Vgl. dazu: Heinrich Kuttler: In Gottes Namen fahren wir! 180 Jahre seit der Auswanderung aus Steinbach nach Russland. – In: BJB 7, 1999, S. 165 bis 184.

¹⁹ Vgl. dazu: Wolfgang Behringer: Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte. München 2015.

nöten auch in unserer Gegend führten. Außerdem standen in Württemberg Pietismus und Erneuerungsbewegungen immer stärker im Gegen-

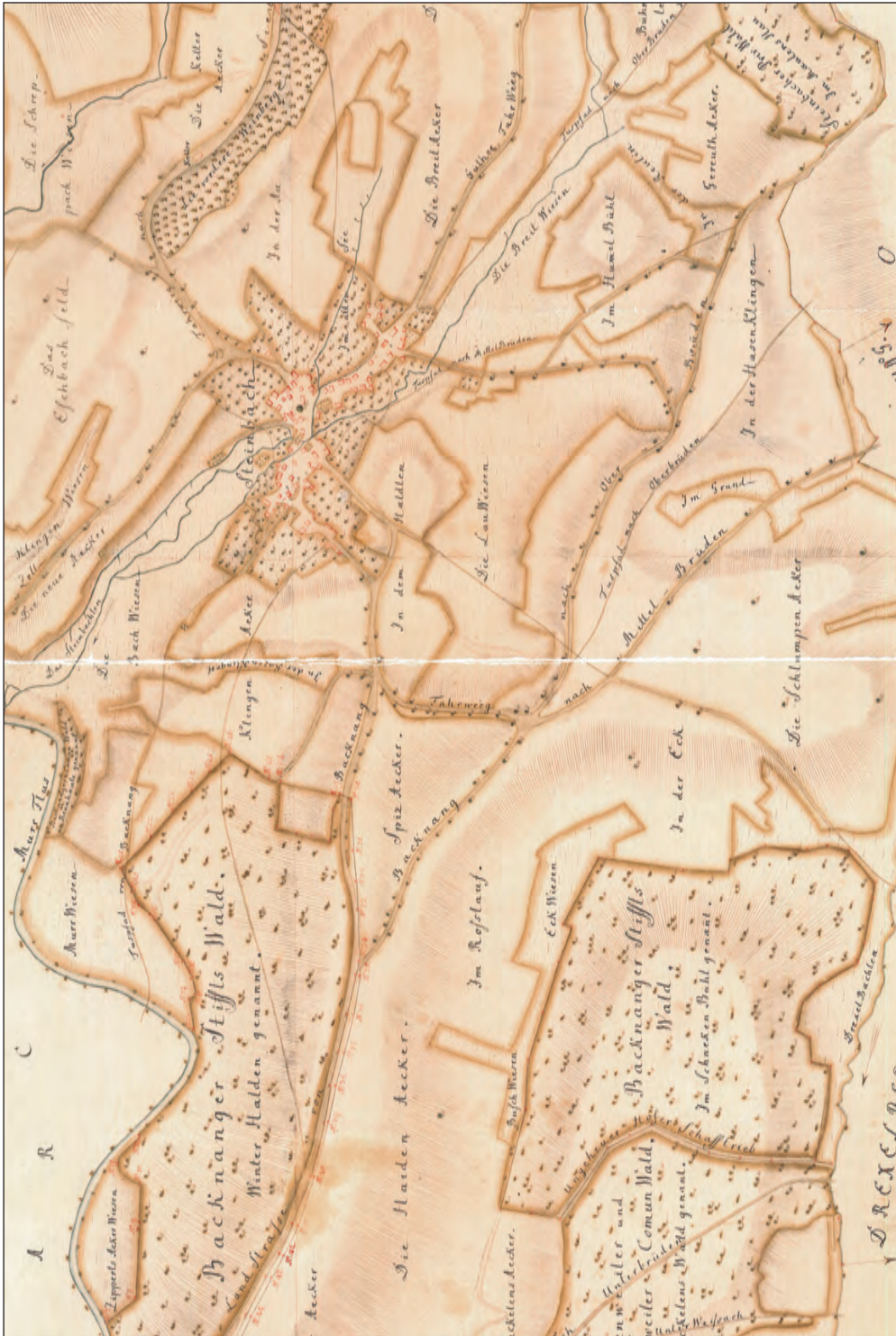
satz zur starren württembergischen Amtskirche. Da traf es sich gut, dass das zaristische Russland potenzielle Kolonisten mit Glaubensfreiheit, Be-



Ausschnitt aus dem Flurkartenwerk von Andreas Kieser um 1685.



Älteste Ortsansicht von Steinbach um 1685.



Flurkarte von C. Poller aus dem Jahr 1769.

freierung von Abgaben und Grundsteuer für eine bestimmte Zeit sowie Befreiung von Militär- und Frondienst anwarb.²⁰

Dadurch angelockt, brachen im Frühsommer 1819 insgesamt 70 Steinbacher zu ihrer beschwerlichen Reise über Land nach Russland auf, wo sie sich schließlich drei Jahre später am Asowschen Meer in der heutigen Ukraine niederließen und mit anderen deutschen Auswanderern die Gemeinden Neuhoffnung, Neuhoffnungstal und Rosenfeld gründeten. Die deutschen Kolonien entwickelten sich während des 19. Jahrhunderts prächtig, ehe dann nach dem Ende des Ersten Weltkriegs unter den Bolschewisten eine zunehmend schwierigere Zeit begann. Durch Umsiedlung und Vertreibung während und nach dem Zweiten Weltkrieg hörten die deutschen Kolonien schließlich auf zu existieren.

Während des 19. Jahrhunderts gab es noch eine zweite Auswanderungswelle aus Steinbach: Zwischen 1830 und 1870 verließen einige Familien – zumeist aus wirtschaftlichen Gründen – ihre angestammte Heimat und versuchten ihr Glück in den USA.²¹

Steinbach im Jahr 1871

Die Beschreibung des Oberamts Backnang aus dem Jahr 1871 liefert einen detaillierten Einblick in das Dorf Steinbach, das damals 471 Einwohner hatte.²² Die Bewohner des Ortes lebten zu der Zeit hauptsächlich von *Feldbau, Viehzucht und Weinbau*. Es gab außerdem verschiedene Handwerker, von denen allerdings *nur Maurer und Weber nach außen* arbeiteten. Die Einwohner Steinbachs wurden folgendermaßen charakterisiert: *man trifft unter ihnen viel Fleiß und Sparsamkeit*. Von großer Bedeutung war der Weinbau, es wurden *Silvaner, Drollinger, Rißlinge und Klevner* angepflanzt. Der Wein wurde als *für das erste Jahr gut trinkbar aber nicht lagerhaft* bezeichnet. Interessant ist auch, dass die Steinbacher

ihren Wein nicht in erster Linie selbst konsumierten, sondern *der größere Theil des Ertrags nach Backnang verkauft* wurde. Es gab auch noch eine *Kelter mit 2 Bäumen*, die nach dem Niedergang des Weinbaus zu Beginn des 20. Jahrhunderts schließlich im Jahr 1922 auf Abbruch verkauft wurde.²³ Heute erinnern nur noch Straßennamen wie „Vorderer Weinberg“, „Kelterweg“ oder „Winzergarten“ an die einstmalig so wichtige Weinbautradition in Steinbach.

1871 existierte in Steinbach mit der „Krone“ eine Schildwirtschaft, die damals jedoch noch mitten im Ort (spätere Bachstraße 18) residierte und erst 1912 in einen Neubau (heutige Neue Straße 11) wechselte. In der Dorfmitte betrieb zudem Johann Jakob Dautel einen Krämerladen (spätere Oberbrüdenstraße 6). Als besonderes Gebäude wird in der Oberamtsbeschreibung noch das *schöne und große Rath- und Schulhaus* mit seinem Glockentürmchen erwähnt. Dieses Gebäude erwarb die Gemeinde Steinbach im Jahr 1834 vom Bauern Christian Layer, der wenig später in die USA auswanderte.²⁴ Das bis heute charakteristische Glockentürmchen wurde dann in den späten 1850er-Jahren errichtet.²⁵ Weitere gemeindeeigene Gebäude waren das Schafhaus *außen im Ort*, von dem heute noch die Wegbezeichnung „Schafgasse“ zeugt, sowie das 1829 erbaute Ortsgefängnis *mitten im Ort*.²⁶ Die Wasserversorgung in Steinbach lief über *30 Pump- und 6 Schöpfbrunnen*. Damit hatte fast jeder Bauer im Ort einen eigenen Brunnen.

Anschluss an die Eisenbahn

Nachdem die Murrbahn von Waiblingen nach Backnang am 26. Oktober 1876 eröffnet worden war, ging man zügig an den Weiterbau der Bahnstrecke Richtung Murrhardt, die schließlich am 11. April 1878 in Betrieb genommen werden konnte.²⁷ Zu diesem Zeitpunkt war Steinbach jedoch noch kein Haltepunkt, da offensichtlich die

²⁰ Kuttler (wie Anm. 18), S. 168.

²¹ Vgl. dazu: Kuttler (wie Anm. 14), S. 57 bis 65.

²² Das Folgende entstammt, sofern nicht anders angegeben: Oberamtsbeschreibung (wie Anm. 3), S. 311 bis 314.

²³ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1918–1930, S. 95.

²⁴ StAB, Güterbuch Steinbach VII, Bl. 320 f; Oertel (wie Anm. 9), S. 59 (Nr. 11133).

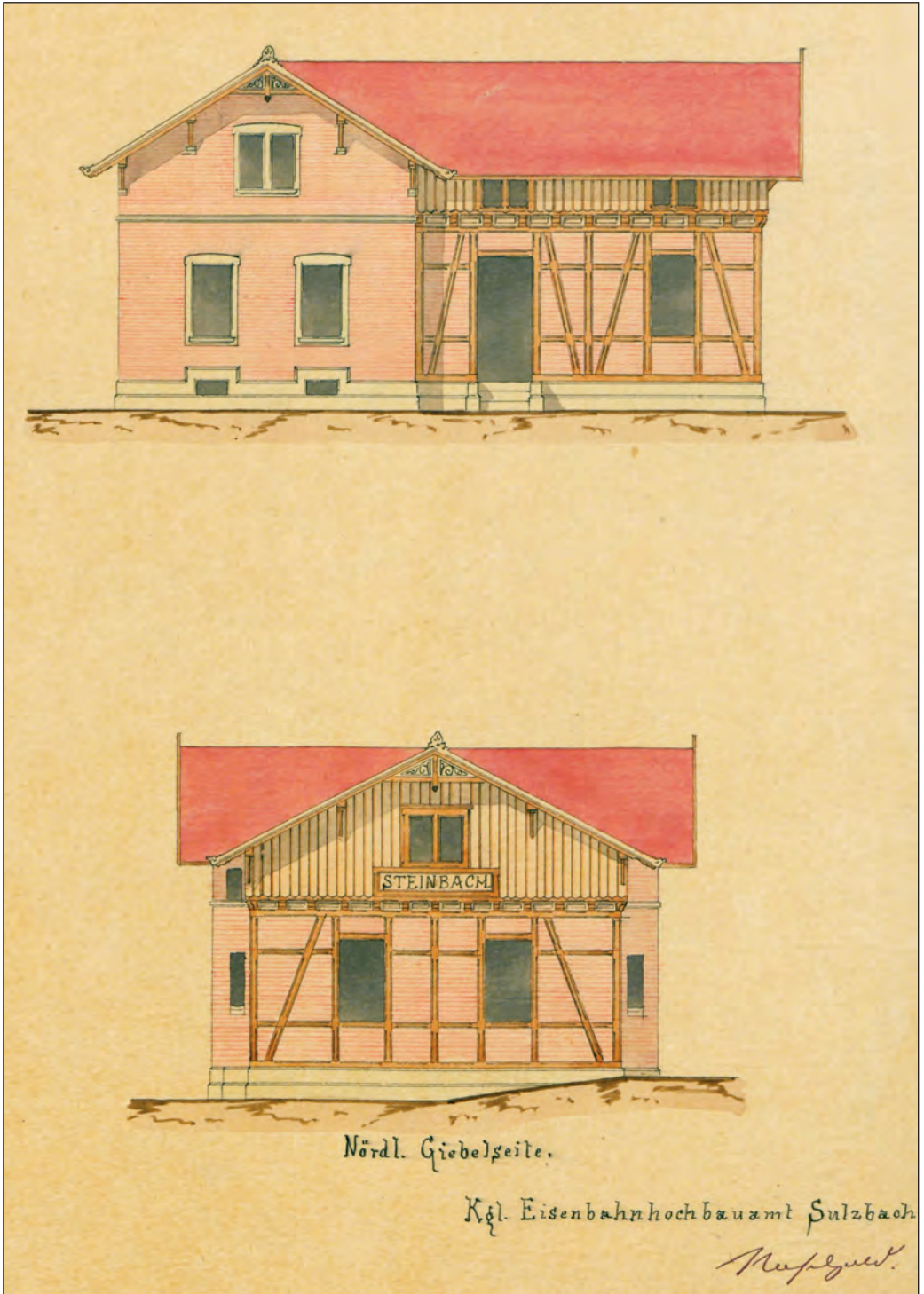
²⁵ StAB, Güterbuch Steinbach VII, Bl. 320 f.

²⁶ StAB, Gebäude-Einschätzungs-Protokoll Steinbach 1895, Teil I, Bl. 13 und Teil II, Bl. 53.

²⁷ Bernhard Trefz/Frank Nopper (Hg.): Das Backnang-Lexikon. Backnang 2014, S. 53.



Auch heute noch eines der schönsten Steinbacher Gebäude: Das ehemalige Rat- und Schulhaus.



Die Bahnhaltestelle Steinbach: „Wärterhaus“ mit angebautem „Wartsaal & Dienstgebäude“.

von der Kgl. Eisenbahnverwaltung erstellten Gebäude nicht rechtzeitig fertig wurden.²⁸ Ab dem 15. Mai 1878 hielten dann einige der Züge, obwohl die *Haltestelle* noch gar nicht offiziell eröffnet worden war.²⁹ Letztlich entstanden neben dem eigentlichen *Wärterhaus* mit angebautem *Wartsaal & Dienstgebäude* noch zwei weitere *Wärterhäuser* mit *Stallbauten* sowie ein *Abtritt- und Stallgebäude*.³⁰ Als dann am 1. Oktober 1912 noch der *Haltepunkt Backnang Spinnerei* eröffnet wurde, gab es sogar zwei Bahnhaltestellen auf Steinbacher Markung.³¹ Beide Haltestellen waren bis Anfang der 1980er-Jahre in Betrieb, ehe sie aufgegeben wurden.³²

Trotz des modernen Anschlusses an die Eisenbahn war Steinbach zum Ende des 19. Jahrhunderts ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf und unterschied sich kaum von vielen anderen Orten in unserer Gegend. Dies sollte sich in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts jedoch grundlegend ändern, als am Rand der Markung ein Industrieareal entstand, das Steinbach zunächst eine komfortable Finanzausstattung brachte, letztlich jedoch auch dafür verantwortlich war, dass man die Selbstständigkeit verlor.

Fabrikneubau der Spinnerei Adolff auf Steinbacher Markung

Anfang des 20. Jahrhunderts stieß die Spinnerei Adolff an ihrem Standort Backnang sprichwörtlich an ihre Grenzen. In der unmittelbaren Nähe boten sich deshalb Erweiterungsmöglichkeiten vor allem rechts der Weißbach und damit auf Steinbacher Markung an. Im Frühjahr 1906 entstand als erstes Gebäude auf Steinbacher Markung eine *moderne Baumwollfärberei & Bleiche-rei-Anlage* mit *Arbeiterbadeanstalt*. Im Frühsommer 1906 setzte dann *unerwartet eine sehr starke*

Beschäftigung der Spinnerei ein, sodass sich Unternehmensleiter Eugen Adolff senior (1842 bis 1925) entschloss, die schon länger angedachten Pläne einer Fabrikvergrößerung sofort in Angriff zu nehmen. Deshalb erwarb man das dafür notwendige Gelände auf Steinbacher Markung.³³

Als Architekten engagierte man Philipp Jakob Manz (1861 bis 1936), der bereits 1899/1900 für den Bau eines vierstöckigen Spinnereigebäudes mit zahlreichen Nebenbauten auf Backnanger Markung verantwortlich zeichnete.³⁴ Manz betrieb zu der Zeit ein großes Architekturbüro in Stuttgart, war spezialisiert auf Industriebauten und hatte den Beinamen „Blitzarchitekt“. Dieser Ruf rührte daher, dass die Zeit, die seine Bauten von der Planung bis zur Fertigstellung benötigten, sehr kurz war.³⁵ So auch in Steinbach: Die Pläne lagen im September 1906 vor und bereits ein knappes Jahr später war der erste Bauabschnitt fertig, in dem sofort mit der Produktion begonnen werden konnte.³⁶ Die komplette Fabrikanlage („Werk 2“) war schließlich im Jahr 1910 fertiggestellt. Dadurch konnte die Spinnerei ihre Produktionsfläche innerhalb von gerade einmal vier Jahren mehr als verdoppeln. Zusammen mit der neuen Fabrikanlage entstanden zur selben Zeit auf Steinbacher Markung noch das sogenannte „Marienheim“ für auswärtige Arbeiterinnen sowie ein Meisterhaus und mehrere Arbeiterhäuser.³⁷

Zunächst profitierte die Gemeinde Steinbach noch nicht im vollen Maße von der neuen Industrieanlage auf ihrer Markung, da die Spinnerei Adolff eine *10jährige Steuerfreiheit* bewilligt bekam, die erst am 31. März 1918 endete.³⁸ Ein Blick in die *Gemeindepflege-Rechnung* zeigt dann jedoch, welchen gewaltigen Unterschied es machte, ob die Spinnerei Adolff zu den Steuerzahlern gehörte oder nicht: Im Rechnungsjahr 1919 betrug die Steuereinnahmen Steinbachs – ohne die Spinnerei Adolff – rund 19000 M.³⁹ und ein

²⁸ MB vom 13. April 1878, S. 179.

²⁹ MB vom 16. Mai 1878, S. 232.

³⁰ StAB, Gebäude-Einschätzungs-Protokoll Steinbach 1895, Teil II, Bl. 63 bis 66.

³¹ MB vom 2. Oktober 1912.

³² BKZ vom 31. Juli 1982.

³³ Wilhelm Adolff: Zum 75jährigen Bestehen der Spinnerei Adolff. Backnang 1907, S. 49.

³⁴ Ebd., S. 44.

³⁵ Zu Manz siehe: Kerstin Renz: Industriearchitektur im frühen 20. Jahrhundert. Das Büro von Philipp Jakob Manz. München 2005.

³⁶ Adolff (wie Anm. 33), S. 51.

³⁷ Rudolf Kühn: Die Frühzeit der Industrie in Backnang (1832 bis 1918). 2. Teil: Die Spinnerei Adolff. – In: Bjb 4, 1996, S. 71.

³⁸ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1896–1918, S. 249 und 291.

³⁹ StAB, Hauptbuch Gemeindepflege-Rechnung Steinbach 1919 und 1920, jeweils S. 129.



Das 1910 auf Steinbacher Markung fertiggestellte „Werk II“ der Spinnerei Adolff mit dem „Marienheim“ (rechts).

Jahr später – mit der Spinnerei Adolff – fast 54 000 M. Im nächsten Rechnungsjahr stiegen die Einnahmen dann bereits auf 138 967 M., was aber eher die Ausnahme war, da sie sich in den Jahren nach der Inflation zwischen 50 000 und 100 000 RM bewegten. Einzig in den Jahren 1926 und 1933 stiegen die Einnahmen noch einmal auf jeweils rund 124 000 RM an.⁴⁰ Diese Beträge zeigen – trotz ihrer Schwankungen – ganz deutlich, dass sich die finanzielle Situation für Steinbach durch die Partizipation an der Gewerbesteuer der Spinnerei Adolff dramatisch ins Positive veränderte: Aus einem landwirtschaftlich geprägten Dorf mit einer eher durchschnittlichen Finanzkraft wurde plötzlich eine Gemeinde mit einer äußerst komfortablen finanziellen Ausstattung, die in der gesamten Gegend ihresgleichen suchte.⁴¹ Die benachbarten Backnanger sprachen entsprechend – fast schon spöttisch – von einem *Goldregen*, der plötzlich über Steinbach sich ergoß.⁴²

Außerdem wurden in Backnang natürlich Begehlichkeiten geweckt. Dort profitierte man zwar auch von dem erhöhten Geschäftsaufkommen der Spinnerei Adolff durch die neue Fabrik auf Steinbacher Markung, bekam jedoch nicht mehr 100 % des steuerbaren Gewerbeertrags der Spinnerei, deren Hauptsitz ja weiterhin auf Backnanger Markung verblieb. Man musste vielmehr einen Anteil an Steinbach abgeben, der zwischen 25 und 37,5 % schwankte und jeweils vom Finanzamt festgelegt wurde.⁴³

Erste Bestrebungen zur Eingemeindung Steinbachs nach Backnang

Am 27. September 1920 wurde im Murrthal-Boten ein Leserbrief veröffentlicht, der unter der Überschrift *Vereinfachung der Verwaltung* den Vorschlag machte, Mittel-, Ober- und Unterschön-

⁴⁰ Vgl. dazu: StAB, Hauptbücher Gemeindepflege-Rechnung Steinbach 1921 bis 1933, jeweils S. 127 bzw. 129.

⁴¹ Steinbach war offensichtlich *finanziell die stärkste Landgemeinde des gesamten Kreises*. Hans-Eckart Schieferer: Die kommunale Entwicklung der Stadt Backnang von der zusammengesetzten zur einfachen Gemeinde in der Zeit von 1806 bis zur Erhebung zur Großen Kreisstadt im Jahre 1956. Stuttgart 1961, S. 182.

⁴² StAB, Unveröffentlichte Denkschrift der Stadtgemeinde Backnang zu der Frage der Verteilung des steuerbaren Gewerbeertrags der Firma J. F. Adolff zwischen den Gemeinden Backnang und Steinbach vom 31. Dezember 1929, S. 13.

⁴³ Ebd., S. 3.



Die Luftaufnahme aus dem Jahr 1922 zeigt eindrucksvoll den dörflichen Charakter Steinbachs – ohne die Industrieanlage der Spinnerei Adolff am Rand der Markung.

tal zu einer Teilgemeinde zu vereinigen und vor allem die *Eingemeindung von Steinbach* zu forcieren. Als Argumente dafür wurden unter anderem genannt: Die Kinder aus den Arbeiterwohnhäusern der Spinnerei Adolff würden bereits heute in Backnang in die Schule gehen, Steinbach gehöre zur Kirchengemeinde Backnang, die Arbeiter des Steinbacher Werks der Spinnerei Adolff würden *größtenteils* in Backnang wohnen, sodass hier eine Wohnungsnot herrsche, während in Steinbach *eine Reihe von Wohnungen* leer stehen würden. Außerdem ließe sich mit der Zusammenlegung von Backnang und Steinbach *eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung erzielen*.⁴⁴ Obwohl der Absender des Leserbriefes nicht genannt wird, deuten die vorgebrachten Argumente auf ein Hintergrundwissen hin, das aus dem Umfeld der damaligen Stadtverwaltung oder des Gemeinderats stammen dürfte. Möglicherweise wurde damit erstmals ein Versuchsballon gestartet, um die Stimmungslage in Steinbach zu testen. Die Reaktion ließ dann auch nicht lange auf sich warten.

Zwei Tage später erschien im Murrthal-Boten ein weiterer anonymer Leserbrief, der die oben genannten Gründe für eine Eingemeindung Steinbachs als *sehr wenig stichhaltig* zurückwies. Vor allem der Vorwurf aus Backnang, dass Steinbach nicht auf *eigenen Füßen* stehen könne und der Unterstützung aus der Oberamtsstadt bedürfe, wurde mit Ironie gekontert: *Wie gnädig von den Backnangern, daß sie uns über die Kriegszeit ernährt haben*. Der Leserbriefschreiber spielte damit darauf an, dass die Versorgungslage im Verlauf des Ersten Weltkrieges immer schlechter wurde und die Stadtbewohner in großem Maße auch davon abhängig waren, was an landwirtschaftlichen Produkten im Umland erzeugt wurde. Letztlich setzte der Leserbrief schon den Ton für die kommenden Auseinandersetzungen: *Nein, so billig geben die Steinbacher ihre Selbständigkeit nicht auf!*⁴⁵

Nun meldete sich der erste Leserbriefschreiber wieder zu Wort und brachte ein weiteres Argument ein: Die Bewohner der Arbeiterhäuser in unmittelbarer Nähe der Spinnerei Adolff würden sich *gar nicht als Steinbacher* fühlen.⁴⁶ In der Tat

betrug die Entfernung von der Spinnerei Adolff zum eigentlichen Ort Steinbach mehrere Kilometer, sodass die Beziehungen der angesprochenen Arbeiter nach Backnang vermutlich tatsächlich wesentlich größer als nach Steinbach waren.

Erste offizielle Verhandlungen

Als die Spinnerei Adolff im Jahr 1924 Interesse an städtischen Parzellen im *Rossbuckel* zeigte, die auf Markung Steinbach lagen, kam in Backnang *die schon früher erörterte Frage der Eingemeindung von Steinbach bzw. Hinausrückung der Markungsgrenze* wieder auf. Stadtschultheiß Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953) wollte diese Gelegenheit nutzen, um *Eingemeindungsverhandlungen* aufzunehmen. Außerdem teilte er der Spinnerei Adolff mit, *dass jetzt der Augenblick gekommen sei, wo sie sich auf die Seite der Stadt stellen müsse*.⁴⁷

Am 5. Februar 1925 wies der Gemeinderat Steinbach die Forderungen der Stadt Backnang und deren Begründungen erwartungsgemäß als *nicht stichhaltig* zurück. Backnang habe die Eingemeindung gar *als Lebensfrage für die Stadt u. ihre industrielle Entwicklung* bezeichnet und folgende *zu lösende Probleme* angeführt: *Erbauung einer Brücke über die Weißsach, die Verlegung des Güterbahnhofs gegen Steinbach, die Korrektur der Murr u. der Weißsach, die Führung einer Straße durch das Murrthal*. Steinbach erklärte sich gerne bereit, an der Lösung dieser Probleme mitzuwirken, sah jedoch dafür in der *jetzigen Markungsgrenze kein Hindernis*.

Den Steinbachern war aber auch bewusst, dass es letztlich nur um die Spinnerei Adolff und deren Gewerbesteuer ging. Deshalb versäumte man es nicht, zu betonen: *Die Firma Adolff fühlt sich auf Steinbacher Markung ebensowohl wie auf Backnanger Markung*.

Die Argumentation der Backnanger Verwaltung, dass man *für einen großen Teil der auf Markung Steinbach beschäftigten Arbeiter Wohnungen zu stellen, die Kinder zu schulen u. Straßen zu unterhalten habe*, bezeichnete man auf Steinbacher Seite als *eine etwas merkwürdige Behauptung*.

⁴⁴ MB vom 27. September 1920.

⁴⁵ MB vom 29. September 1920.

⁴⁶ MB vom 4. Oktober 1920.

⁴⁷ StAB, Bac G 001-74, S. 293.

ung. Schließlich verlangten die Backnanger ja auch von den anderen umliegenden Gemeinden, in denen ebenfalls Arbeiter der Spinnerei wohnten, keinerlei finanzielle Beiträge. Die ganze Argumentation seitens Backnang bezeichnete der Gemeinderat Steinbach letztlich als zu *durchsichtig, als daß sie auf irgend jemand Eindruck machen könnte*.⁴⁸ Entsprechend schien das Thema damit zunächst einmal erledigt zu sein.

Großprojekte Wasserversorgung und Kanalisation

Stattdessen wandte sich die Gemeinde Steinbach einem Großprojekt zu, das sie nicht zuletzt aufgrund der eingenommenen Steuermittel von der Spinnerei Adolff umsetzen konnte: den Ausbau einer modernen Wasserversorgung für den Ort. Bis dahin versorgten sich die Einwohner mit Wasser aus den verschiedenen Brunnen, das jedoch *größtenteils nicht einwandfrei* war. Um also die *Gesundheit für Menschen* nicht zu gefährden und die Erfolgchancen bei der Bekämpfung eines Brandes zu erhöhen, beschloss der Gemeinderat am 17. November 1926 die Einrichtung einer *Hochdruckleitung* und ließ dafür Quellen in den umliegenden Wäldern auf ihre Ergiebigkeit hin untersuchen.⁴⁹ Letztlich erwarb man *fünf Quellen im Gewann Schlegelsberg Markung Trailhof und Gewann Sandbrunnen Markung Rottmannsberg* und begann im Sommer 1927 mit dem Bau einer Wasserleitung.⁵⁰ Da für die Wasserleitung im Ort bereits umfangreiche Grabarbeiten nötig waren, beschloss der Gemeinderat am 30. November 1927, gleichzeitig *eine Kanalisation mit auszuführen*.⁵¹ Im Frühjahr 1928 waren die Arbeiten an der Wasserleitung abgeschlossen und sie konnte in Betrieb genommen werden.⁵² Die Kosten für die Wasserleitung beliefen sich letztlich – einschließlich des Kaufes der Quellen – auf rund 135 000 RM, die der Kanalisation auf rund 35 000 RM. Davon konnten 100 000 RM *durch Verwendung von Fonds und*

Restmitteln gedeckt werden. Für den Rest musste man ein Darlehen aufnehmen und es in jährlichen Raten von 2 500 RM abbezahlen.⁵³



Ausschreibung der Bauarbeiten für das Großprojekt Wasserversorgung (MB vom 13. Juni 1927).

Weitere Auseinandersetzungen um den Anteil an der Gewerbesteuer der Spinnerei Adolff

Um der durch die Umsetzung der Großprojekte angespannten Finanzlage zu begegnen, schien es eine gute Gelegenheit zu sein, dass im Jahr 1929 das Finanzamt die Aufteilung der Gewerbesteuer der Spinnerei Adolff zwischen Backnang und Steinbach neu festlegte und deshalb die beiden Orte aufforderte, ihre Stellungnahmen einzureichen. Steinbach machte es kurz und forderte *50 % Anteil*.⁵⁴ Backnang arbeitete eine 23 Seiten umfassende Denkschrift aus und verlangte letztlich, dass die Stadt *90 %* und Steinbach nur noch *10 %* bekommen solle. In der Denkschrift wurde detailliert ausgeführt, dass Backnang *einseitig, ja fast ausschließlich die Gemeindelasten des Unternehmens* durch Straßen, Brücken und Wege, Wasserleitung, (geplante) Kanalisation und Feuerlöschwesen tragen würde – von den indirekten

⁴⁸ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1918–1930, S. 177 bis 180.

⁴⁹ Ebd., S. 229 ff.

⁵⁰ Ebd., S. 262 bis 265.

⁵¹ Ebd., S. 291 f.

⁵² Ebd., S. 305.

⁵³ Ebd., S. 387 f.

⁵⁴ Ebd., S. 370.

Soziallasten wie Wohnlast und Wohnungsfürsorge sowie Schule und Kirche ganz zu schweigen.⁵⁵ Die Verteilung blieb zunächst bei 65 % für Backnang und 35 % für Steinbach.⁵⁶ Ein weiterer Versuch der Gemeinde Steinbach, dies zu ihren Gunsten zu ändern, wurde letztendlich mit Urteil des Reichsfinanzhofs vom 19. Oktober 1940 als *unbegründet zurückgewiesen*.⁵⁷

Neubau von Schule und Kirche

Hauptsächlich bedingt durch die Arbeiterwohnhäuser der Spinnerei Adolff nahm die Einwohnerzahl von Steinbach kontinuierlich zu: Leben zum Ende des 19. Jahrhunderts knapp 500 Menschen in Steinbach, stieg diese Zahl nach Eröffnung von „Werk 2“ der Spinnerei Adolff schon auf 582 im Jahr 1912 an. Mitte der 1920er-Jahre hatte Steinbach dann 636 und Mitte der 1930er-Jahre bereits rund 900 Einwohner.⁵⁸ Dies hatte fast zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Zahl der Schüler, die ebenfalls entsprechend anstieg und damit die Schulraumproblematik immer deutlicher ins Blickfeld rückte. Denn obwohl die Zahl der Schüler im Jahr 1815 bereits 86 betrug, gab es kein eigenes Schulgebäude. Vielmehr fand der Schulunterricht in einem angemieteten Zimmer statt, in dem auch noch eine Witwe mit zwei Kindern wohnte.⁵⁹ Später wurden die Schüler dann im Rat- und Schulhaus unterrichtet, wo man jedoch auch bald an seine räumlichen Grenzen stieß, als die Schülerzahl im späten 19. Jahrhundert über 100 anstieg. Deshalb gab es seit dieser Zeit immer wieder Pläne, ein neues Schulgebäude zu errichten, was aus den verschiedensten Gründen jedoch zunächst scheiterte.⁶⁰

Ende der 1920er-Jahre nahm der behördliche Druck auf die Steinbacher zu: So verlangte das Oberamt im Herbst 1928 *um Vorlage eines Gemeinderatsbeschlusses über den Bau eines neuen Schulhauses u. Besetzung einer außerplanmäßi-*

gen Lehrstelle in Steinbach. Dadurch musste der Gemeinderat handeln und fasste am 1. November 1928 den Beschluss, *den Bau des neuen Schulgebäudes 1930 spätestens 1931 zu beginnen und die außerplanmäßige Lehrstelle auf 1.4.29 zu besetzen*. Es war den Beteiligten aber durchaus bewusst, dass der Bau eines neuen Schulhauses sich aufgrund der angespannten finanziellen Lage durch den Bau der Wasserleitung und der Kanalisation noch weiter verzögern könnte. Deshalb wurde vorsorglich beschlossen, *den unteren Raum im Schulgebäude als Zwischenlösung zu einem Schullokal auszubauen*.⁶¹ Letztlich blieb dies nicht das einzige Provisorium: Seit 1931 gingen *die vier unteren Jahrgänge der hiesigen Schüler* im Gasthaus „Krone“ in die Schule.⁶²

Schließlich sorgten nicht zuletzt auch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise dafür, dass die zweite Lehrstelle erst im April 1931 eingerichtet und das neue Schulhaus sogar erst im November 1935 eingeweiht werden konnte. Als Architekt zeichnete Dipl.-Ing. Fritz Müller aus Stuttgart verantwortlich, unter dessen Bauleitung das Gebäude in acht Monaten erstellt wurde. Die Kosten beliefen sich auf 42 375 RM, wovon die Spinnerei Adolff 3 000 RM übernahm. Im neuen Schulhaus, in dem heute der Club Junges Europa sein Zuhause hat, gab es folgendes Raumangebot: *Neben seinen, den eigentlichen Schulzwecken dienenden geräumigen 3 Klassenzimmern, Lehrmittelzimmern und einem Ausweichlokal birgt das Gebäude eine große Hauswirtschaftsküche mit 2 Kohlen- und einem elektrischen Herd, 2 Wannenbäder, ein Schülerbrausebad und die erforderlichen Nebenräume für die Heizanlage und die Brennmaterialvorräte*. Im Dachstock waren zudem *2 Wohnzimmer für den unständigen Lehrer* untergebracht und es bestand die Möglichkeit, zwei weitere einzubauen.⁶³ Der Schulstandort Steinbach existierte übrigens rund 40 Jahre, ehe der Gemeinderat Backnang am 18. März 1976 aufgrund eines Erlasses vom Ober-

⁵⁵ Denkschrift (wie Anm. 42).

⁵⁶ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1930–1935, S. 115 ff.

⁵⁷ StAB, Gemeindearchiv Steinbach: Unterlagen zur Verteilung der Gewerbesteuer der Fa. Adolff.

⁵⁸ MB vom 22. Februar 1936.

⁵⁹ Kuttler (wie Anm. 14), S. 38.

⁶⁰ MB vom 21. November 1935.

⁶¹ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1918–1930, S. 332 u. 409.

⁶² StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1931–1935, S. 69.

⁶³ MB vom 21. November 1935.



Seit 1936 hat Steinbach eine eigene Kirche.

türlich nicht angemessen. Deshalb gab es schon länger Bestrebungen für eine eigene Steinbacher Kirche, die Mitte der 1920er-Jahre in ein interessantes Projekt mündeten: Die Steinbacher wollten nämlich die zum Verkauf stehende Backnanger Friedhofkapelle auf dem Stadtfriedhof erwerben und sie in ihrem Ort *vergrößert als Kirche* aufstellen.⁶⁵ Dazu kam es jedoch nicht und erst 1933 konnte ein Kirchenbau *ernstlich in Angriff* genommen werden. Die Pläne für das Gotteshaus fertigte der Backnanger Architekt Otto Nussbaum (1904 bis 1983), der auch die Bauleitung übernahm. Die Kirche wurde – wie das Schulhaus – hauptsächlich im Jahr 1935 erbaut, sodass es in diesem Jahr in Steinbach eine Großbaustelle gab.⁶⁶

Mit den neu erbauten Gebäuden von Schule und Kirche stand die Gemeinde Steinbach nun hervorragend da, sodass man hoffte, auch in der Frage der immer noch im Raume stehenden Eingemeindung nach Backnang weitere Argumente auf seiner Seite zu haben. Die Backnanger hatten nämlich in der Zwischenzeit weiter Druck in diese Richtung gemacht.

Weitere Diskussionen über die Eingemeindung nach Backnang

Schon 1933 wollte die Backnanger Stadtverwaltung die neuen Machtverhältnisse in Deutschland und die sich anbahnenden Änderungen in der Gemeindeordnung nutzen, um in der Frage der Eingemeindung von Steinbach weiterzukommen. Man konnte den Steinbachern im Sommer 1933 die Ansicht des württembergischen Innenministeriums präsentieren, das aufgrund *der Lage des von der Markungsgrenze zwischen den Gemeinden Backnang und Steinbach durchschnittenen Betriebs der Firma J. F. Adolff eine Vereinigung der beiden Gemeinden für dringend geboten* hielt. Die Backnanger versuchten nun, die Steinbacher zu überreden, die Markungsteile, auf denen die Spinnerei Adolff stand, gegen eine Ab-

findung abzugeben, was man dort natürlich *auf das Entschiedenste ablehnte*.⁶⁷

Ein Jahr später legte Backnang sogar ein *schriftliches Angebot* vor, das den Steinbachern im Falle der Zustimmung zu einer Eingemeindung einige Zugeständnisse machte. Dazu gehörten unter anderem die Zusicherung zum Bau eines Schulhauses, ein geringer Gemeindesteuersatz für die Einwohner, die Beibehaltung der freiwilligen Feuerwehr und noch weitere Vergünstigungen.⁶⁸ In Steinbach konnte man auch dieses Angebot bedenkenlos ablehnen, zumal im Sommer 1934 Landrat Dr. Karl Heckel (1893 bis 1965) bei einem Besuch bestätigte, dass die *Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung in Stuttgart mit Erlass vom 26. Mai 1934 [...] mitgeteilt habe, dass zu einer Änderung ohne Zustimmung der beteiligten Gemeinden ein dringendes öffentliches Bedürfnis zur Zeit nicht vorliege*.⁶⁹

Kampf um die Eigenständigkeit

Anfang 1939 versuchte Steinbach noch einmal, die nun wieder drohende Abtrennung der Spinnerei Adolff abzuwenden: In einem Schreiben an den Landrat hieß es, dass die *Steuerkraft der Spinnerei Adolff in ihrem seitherigen Umfang für diese Gemeinde noch lange unentbehrlich* sei. Nur so wäre man *zur Erfüllung der außerordentlichen bzw. größeren Aufgaben* noch in der Lage. Zu diesen Aufgaben zählte man unter anderem die *Erstellung einer Turnhalle, eine Bachverbesserung, Erwerbung von Baugelände* sowie die *Erweiterung des Friedhofs*.⁷⁰ Offensichtlich war den Steinbachern bewusst, dass die jahrelangen Bemühungen der Stadt Backnang um eine Eingemeindung Steinbachs nun wieder an Fahrt gewannen und man wollte im Vorfeld noch einmal das Schlimmste verhüten. Man machte dem Landrat sogar den Vorschlag, sich mit Oberbrüden zusammenzuschließen, um dadurch einen *leistungsfähigen Ort von 1900 Einwohnern* zu

⁶⁵ MB vom 22. Februar 1936. Vgl. dazu: Bernhard Trefz: Zur Geschichte der Backnanger Friedhofkapelle. – In: Förderverein Friedhofkapelle Backnang (Hg.): Friedhofkapelle Backnang. Geschichte, Restaurierung und neue Nutzung. Backnang 2005, S. 17.

⁶⁶ MB vom 22. Februar 1936.

⁶⁷ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1931–1935, S. 190 ff.

⁶⁸ Ebd., S. 276 bis 279.

⁶⁹ Ebd., S. 360.

⁷⁰ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1938–1941, S. 50 ff.

schaffen, was jedoch von den Aufsichtsbehörden abgelehnt wurde.⁷¹

Am 30. März 1939 fand dann in Steinbach eine offizielle Verhandlung zur Frage einer möglichen Eingemeindung statt, an der folgende Personen teilnahmen: *Herr Staatssekretär Waldmann sowie Vertreter des Innenministeriums und der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung neben dem Herrn Landrat, dem Herrn Kreisleiter der NSDAP und den beteiligten Gemeindevertretern.*⁷² Betrachtet man sich die Auflistung der teilnehmenden Personen, wird deutlich, dass die Backnanger sich nun an die höheren Stellen gewandt hatten – und dabei sicher auch die Verbindungen nutzten, die Stadtschultheiß Rienhardt und vor allem Kreisleiter Alfred Dirr (1902 bis 1941) in die Staatsverwaltung und die entsprechenden Parteigremien hatten.

Letztlich bestätigte Staatssekretär Karl Waldmann (1889 bis 1969) bei der Verhandlung, *daß nicht in erster Linie an eine vollständige Eingliederung der Gemeinde Steinbach in die Stadt Backnang gedacht sei.* Vielmehr gehe es zunächst um die *Abtrennung des Ortsteils „Spinnerei“* und die *Festlegung der Abfindung.* Erst wenn dies scheitere, stehe die *Eingemeindung der ganzen Gemeinde* auf der Tagesordnung. Steinbach forderte daraufhin eine *Entschädigung von 600.000 RM*, während Backnang nur zur Bezahlung von einer *Abfindung von 200.000 RM* bereit war.⁷³ Für die Backnanger war klar, dass bei einem Scheitern der Verhandlungen *mit der Eingemeindung von ganz Steinbach zu rechnen sei.*⁷⁴ Beide Seiten pokerten also ziemlich hoch: Nachdem die Steinbacher eingesehen hatten, dass die Abtrennung der Spinnerei Adolff wohl nicht mehr zu verhindern war, wollten sie eine möglichst hohe Abfindung. Backnang hingegen war eher am Scheitern der Verhandlungen gelegen, da die Wahrscheinlichkeit einer Eingemeindung Steinbachs sich dann wesentlich erhöhte. Ob diese noch abzuwenden gewesen wäre, wenn die Steinbacher die von Backnang angebo-

tene Abfindung akzeptiert hätten, lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären. Dafür spricht allerdings, dass Backnangs Stadtschultheiß Rienhardt später bemerkte, dass ein wichtiger Grund für die letztliche Eingemeindung die *unmöglich hohen Abfindungsansprüche Steinbachs* gewesen seien.⁷⁵

Eingemeindung per Erlass von höchster Stelle

Am 14. Februar 1940 unterzeichnete schließlich der Reichsstatthalter von Württemberg, Wilhelm Murr (1888 bis 1945), einen Erlass, *mit welchem [...] die Eingliederung der Gemeinde Steinbach in die Stadt Backnang mit Wirkung vom 1. April 1941* bestimmt wurde – *vorbehaltlich der Bestätigung der noch abzuschließenden Eingliederungsvereinbarungen zwischen den beteiligten Gemeinden.*⁷⁶ In seiner Begründung führte Murr an, dass er sich *aus Gründen des öffentlichen Wohls* gegen einen Markungsausgleich und für eine Eingemeindung entschieden habe, *weil hiedurch schwierige finanzielle Auseinandersetzungen vermieden werden und gleichzeitig der Stadtgemeinde Backnang das für die weitere räumliche Ausdehnung erforderliche Gelände in zunächst ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellt wird.*⁷⁷ Der letzte Punkt bezog sich auf Sachsenweiler, wo die Stadt Backnang in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre im Zuge der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik eine Siedlung für kinderreiche und finanzschwache Arbeiterfamilien erstellt hatte.⁷⁸ Eine geplante Erweiterung dieses Siedlungsgeländes war künftig nur noch auf Steinbacher Markung möglich.⁷⁹

Mit diesem Erlass von höchster Stelle war auch den Steinbachern klar, dass sie sich nicht mehr erfolgreich gegen die Eingemeindung wehren konnten. Im Sommer 1940 wurden daraufhin die *Vereinbarungen über die Eingliederung der Gemeinde Steinbach in die Stadt Backnang* ausge-

⁷¹ Schieferer (wie Anm. 41), S. 185.

⁷² Ebd., S. 54.

⁷³ Ebd., S. 58.

⁷⁴ StAB, Bac G 001-77, S. 351.

⁷⁵ Ebd., S. 400.

⁷⁶ StAB, Gemeinderatsprotokoll Steinbach 1938–1941, S. 50 und 112.

⁷⁷ StAB, Gemeindearchiv Steinbach, Ordner „Eingemeindung“.

⁷⁸ Vgl. dazu: Rolf Königstein: Alfred Dirr. NSDAP-Kreisleiter in Backnang. Ein Nationalsozialist und die bürgerliche Gesellschaft. Backnang 1999 (= Backnanger Forschungen 3), S. 197 bis 203.

⁷⁹ StAB, Bac G 001-77, S. 400.

Abeschrift. 137
 Stuttgart, den 14. Februar 1940.

Der Reichsstatthalter in
 Württemberg
 Nr. 6 4 f/13.

An den
 Herrn Württ. Innenminister
 Stuttgart a. V. t.

Auf das Handschreiben vom 29.12.1939
 Nr. IV 50/3 Backnang St.

Betr. Eingliederung der Gemeinde
 Steinbach in die Stadt Backnang.

Beil. 1-32 Min. Abt. Akten,
 1 Bd. Akt. d. Landrats
 Backnang und der
 des Steinbach.

Nach reichlicher Erwägung aller vorgebrachten Umstände
 bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass aus Gründen des öffentlichen Wohls der Eingliederung Steinbachs nach Backnang gegenüber einem Markungsausgleich durch Abtretung des Steinbacher Ortsteils "Spinnerei" an Backnang der Vorzug zu geben ist, was hiadurch schwierige finanzielle Auseinandersetzungen vermieden werden und gleichzeitig der Stadtgemeinde Backnang das für die weitere räumliche Ausdehnung erforderliche Gelände in zunehmender Ausdehnung in Richtung Menbach, Hellingen und Talbürens ausreichenden Umfang zur Verfügung gestellt wird. Die Frage einer Ausdehnung in Richtung Menbach, Hellingen und Talbürens und damit eines Markungsausgleichs mit diesen Gemeinden, wie sie in dem Gutachten der Landesplanungsgemeinschaft angedeutet worden wäre, kann dadurch vorläufig beruhen.

Diese Anfrage beim Reichsministerium ergab, dass dieser Fall trotz der Weisung im Bundesgesetz vom 30. 8. 1939 (RMBl. V. 1811) noch erledigt werden kann.

Aus diesen Gründen sehe ich mich veranlasst, hiermit Gesetzes §§ 13 und 15 DGO in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Ziff. 1 der Ersten Durchführungsverordnung zur DGO anzuordnen, dass die

Gemeinde Steinbach mit Wirkung vom 1. 4. 1941 in die Stadt Backnang vorbehaltlich der Bestätigung der noch abzuschließenden Eingliederungsverhandlungen zwischen den beteiligten Gemeinden eingliedert wird.

Ich ersuche, Vorstehendes den Bürgermeistern der beteiligten Gemeinden zu eröffnen und sie anzuweisen, binnen 8 Wochen nach Eröffnung entsprechender Eingliederungsverträge vorzulegen, widrigenfalls die näheren Bestimmungen über die Eingliederung von hier aus festgesetzt werden. Gleichseitig ersuche ich, das Weitere unter Beachtung von Ziff. 4 zu § 15 der Ersten Ausführungsverordnung zur DGO zu veranlassen und der Reichsbehörden, der Reichspostdirektion und des Statistischen Landesamt von vorstehender Verfügung Kenntnis zu geben.

Sofern zwischen den beteiligten Gemeinden entsprechende Verhandlungen über die Eingliederung nicht zustandekommen sollten, ersuche ich, den Herrn Landrat von Backnang anzuweisen, entsprechende Vorschläge für die Festlegung der näheren Bestimmungen über die Eingliederung vorzulegen.

(ges.) M u r r .

Nr. IV 50/4 Backnang St.

Der Ministerialabteilung für Bezirks- und
 Körperschaftsverwaltung

auf den Bericht vom 22. Dezember 1939 Nr. 5442 zur Veranlassung des
 Weiteren.

Beil. die vorgelegten
 (aus die Berichtsbefr.)
 3 Anlageschneidungen.

Dem Herrn Bürgermeister
 Backnang

Stuttgart, den 4. April 1940
 Der Innenminister
 (Ges. S. 1811)
 2 APR 1940
 Backnang

zur Kenntnis und Bekräftigung der Gemeinderäte. Sie werden ersucht im Benehmen mit dem Bürgermeister in Steinbach spätestens binnen 8 Wochen einen entsprechenden Eingliederungsvertrag vorzulegen.
 Backnang, den 13. 4. 1940
 O. Aml. Der Landrat

W. Müller

Am 14. Februar 1940 verfügte der Reichsstatthalter von Württemberg, Wilhelm Murr, die Eingemeindung Steinbachs nach Backnang - „mit Wirkung vom 1. April 1941“.

handelt und von den beiden Bürgermeistern unterschrieben. Die Vereinbarung umfasste insgesamt 15 Paragraphen und sicherte Steinbach einige Maßnahmen zu, darunter die *Erstellung eines HJ-Heimes, eines NSV-Kindergartens, einer Turnhalle für die Deutscher Schule, eines Geräteschuppens für die städt[ischen] Bedürfnisse in Steinb[ach]* sowie *einer Gemeindegewaschküche*. Außerdem wurde von Backnang eine *Erweiterung des Friedhofs und die Erstellung eines Leichenhauses in Bälde* versprochen.⁸⁰ Dass diese Maßnahmen aufgrund der äußeren Zeitumstände nicht schnell umgesetzt werden konnten, ahnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand.

Da die Stadt Backnang *Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Steinbach* wurde, ging auch deren gesamtes Vermögen auf die Stadt über, *die ihrerseits alle Verbindlichkeiten und Lasten Steinbachs übernahm*.⁸¹ Die Vermögenswerte Steinbachs beliefen sich bei der Eingemeindung laut Bürgermeister Hermann Frey auf *etwa 50.000 RM reines Kapitalvermögen nach Abzug der Schulden und rund 250.000 RM Grundvermögen ohne Inventar und ohne Wasserleitung und Kanalisation, Straßen und Wege usw.*⁸² Betrachtet man sich jedoch den letzten Haushaltsentwurf der Gemeinde Steinbach für das Rechnungsjahr 1940, ergibt sich beim reinen Kapitalvermögen eine andere Zahl: Dort werden die *verfügbaren Restmittel* mit 107 363 RM angegeben. Davon mussten jedoch 98 677 RM zur *Deckung des Haushaltsfehlbedarfs* vergangener Jahre aufgewendet werden, sodass nur noch ein Rest von 8 686 RM übrig blieb.⁸³

Eingemeindungsfeier in Steinbach

Wohl wissend, dass nicht alle Einwohner von Steinbach die Eingemeindung nach Backnang freudestrahlend begrüßen würden, beschloss man in Backnang, auf eine *Eingemeindungs-Feierlichkeit [...] jetzt im Kriege zu verzichten* und stattdessen *einen einfachen Festakt auf dem Rathaus in Steinbach* abzuhalten.⁸⁴ Dieser fand am 9. Mai

1941 statt. Steinbachs Bürgermeister Hermann Frey betonte noch einmal die rund 300 000 RM an Kapital- und Grundvermögen, die nun *in das Eigentum der Stadt Backnang* übergehen würden, und sprach von einer *für die Gemeinde Steinbach so schmerzlichen Stunde*. Backnangs Bürgermeister Dr. Rienhardt bestätigte Frey ausdrücklich, dass dieser *die Interessen Steinbachs unentwegt tatkräftig wahrte*, und betonte, dass die Eingemeindung *weder ein Tag des Jubels in Backnang, noch ein Tag des Mißvergnügens in Steinbach wäre, sondern die befreiende Stunde der Erfüllung und der Besinnung, der Einreihung in die neue Zeit, in den neuen Lauf der Dinge*.⁸⁵

Bewertung der Rechtmäßigkeit der Eingemeindung

Der Backnanger Hans-Eckart Schieferer hat 1961 in einer juristischen Dissertation unter anderem auch die Frage der Rechtmäßigkeit der Eingemeindung Steinbachs untersucht. Er kam zu dem Ergebnis, dass das von Reichsstatthalter Murr angeführte *öffentliche Wohl* für die Entscheidung letztlich eine *Ermessensfrage* gewesen sei und dadurch einer Nachprüfung entzogen worden war. Die offensichtlich in erster Linie ausschlaggebenden *steuerpolitische[n] Gesichtspunkte* seien für eine solch weitgehende Entscheidung jedoch selbst unter den damals vorherrschenden rechtlichen Rahmenbedingungen nicht ausreichend gewesen, sodass letztlich ein *Ermessensmissbrauch der zuständigen Behörde* vorgelegen habe und die *zwangsweise Eingemeindung Steinbachs auch im Jahre 1941 nicht gerechtfertigt war*.⁸⁶

Ein kurzes Nachspiel: Bestrebungen zur Ausgemeindung von Steinbach

Das sah man in Steinbach offensichtlich genauso: Deshalb ging beim Landratsamt *unmittelbar nach dem Zusammenbruch ein von mehre-*

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Ebd.

⁸² MB vom 17. Mai 1941.

⁸³ StAB, Gemeindearchiv Steinbach, Haushaltsplan 1940.

⁸⁴ StAB, Bac G 001-77, S. 449.

⁸⁵ MB vom 17. Mai 1941.

⁸⁶ Schieferer (wie Anm. 41), S. 196 f.

ren Einwohnern von Steinbach gestellter Antrag auf Ausgemeindung ein, der aber abgelehnt wurde.⁸⁷ Aufgrund der chaotischen Zustände in der unmittelbaren Nachkriegszeit kann dies allerdings nicht verwundern. In der Ende 1946 verabschiedeten Verfassung des Landes Württemberg-Baden wurde in Art. 98 festgelegt, dass *Gemeinden, die nach dem 31. März 1933 mit anderen Gemeinden gegen ihren Willen vereinigt worden sind [...] durch Gesetz wieder zu selbständigen Gemeinden erklärt werden können.*⁸⁸ Nicht zuletzt auf dieser Grundlage starteten die Steinbacher einen weiteren Versuch: Am 1. Dezember 1949 erhielt das Innenministerium in Stuttgart einen von 450 Steinbacher Einwohnern unterzeichneten *Ausgemeindungsantrag*, dem am 10. Januar 1950 ein weiterer Antrag der früheren Steinbacher Gemeinderäte an den Landtag folgte. In der Stadt Backnang zeigte man sich *von diesem Vorgehen tief betroffen*. Als Hauptargument führten die Ausgemeindungsbeürworter übrigens an, dass die *Bedingungen des Eingemeindungsvertrages bis jetzt nahezu restlos unerfüllt geblieben seien.*⁸⁹

Dieser Vorwurf war zwar formal berechtigt, angesichts der äußeren Umstände jedoch auch ziemlich unfair. Seit der Eingemeindung 1941 waren noch keine neun Jahre vergangen, davon vier Kriegsjahre und anschließend äußerst harte Nachkriegsjahre, in denen jede Gemeinde zu kämpfen hatte. Erst nach der Währungsreform 1948 begannen sich die Verhältnisse wieder zu stabilisieren. Damit hatte Backnang realistisch gesehen gerade mal ein oder zwei Jahre Zeit, um die Steinbach gemachten Versprechungen – vor allem in Hinblick auf die vereinbarten Baumaßnahmen – zu erfüllen. Deshalb dürfte dieses Argument wohl auch nur vorgeschoben gewesen sein, die wahren Gründe lagen viel tiefer, bezeichnete man in Steinbach die Eingemeindung doch als *Vergewaltigung und Raubzug von Backnanger Seite.*⁹⁰

Im Verlauf des Jahres 1950 fanden zahlreiche Sitzungen und Bürgerversammlungen statt. Außerdem bildete sich in Steinbach ein *Aus-*

gemeindungsausschuss, der der Stadt Backnang schließlich einen Forderungskatalog übergab, den sie zu erfüllen habe, damit Steinbach auf die angestrebte Selbstständigkeit verzichten würde. Die darin aufgestellten Forderungen waren nach Einschätzung der Backnanger Verwaltung *mit geringen Ausnahmen annehmbar*. Dies kann natürlich nicht verwundern, da die Forderungen – zumindest was die Baumaßnahmen anbelangte – im Prinzip denen von 1940 entsprachen. Allerdings wurde das Ganze nun wohlweislich mit einer Frist versehen: Die Stadt Backnang verpflichtete sich, die Aufgaben *bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1956 zu erfüllen.*

Letztlich gab es vor allem noch zwei Streitpunkte: Zum einen, wie sollte es auch anders sein, die Höhe des Anteils an der Gewerbesteuer der Spinnerei Adolff, der *bis auf weiteres zur Erfüllung laufender Aufgaben für den Vorort Steinbach verwendet werden sollte*. Steinbach wollte zehn Prozent, letztlich einigte man sich auf acht. Umstritten war auch ein im Entwurf vorhandener Paragraph, der den Steinbachern die Möglichkeit geben sollte, einen *neuen Antrag* auf Ausgemeindung zu stellen. Der Gemeinderat Backnang wollte diesen Paragraphen in der Weise abändern, dass bei *Erfüllung der in der Vereinbarung genannten Bedingungen [...] künftige Wünsche auf Ausgemeindung für alle Zeiten ausgeschlossen seien.*⁹¹ Letztlich einigte man sich bei einer Bürgerversammlung am 28. Juni 1950 darauf, den Paragraphen komplett zu streichen. An diesem Tag wurde dann der geänderte Vereinbarungsvertrag *einstimmig* angenommen.⁹² Am 20. Juli 1950 stimmte schließlich der Gemeinderat Backnang, dem auch zwei Steinbacher angehörten, der Vereinbarung einstimmig zu.⁹³ Anschließend wurde der Ausgemeindungsantrag zurückgezogen und der Landtag von Württemberg-Baden erklärte die Angelegenheit in seiner Sitzung vom 3. August 1950 für erledigt.⁹⁴

Höchst interessant ist die juristische Bewertung dieser neuerlichen Vereinbarung, die genau betrachtet eigentlich gar keine rechtliche Verbind-

⁸⁷ StAB, Gemeindearchiv Steinbach, Ordner „Eingemeindung“.

⁸⁸ Regierungsblatt Württemberg 1946, S. 288.

⁸⁹ StAB, Bac G 001-79, S. 497 ff.

⁹⁰ Ebd., S. 759; Backnanger Tagblatt vom 7. März 1950.

⁹¹ StAB, Bac G 001-79, S. 760, 766 und 768.

⁹² Ebd., S. 771.

⁹³ Ebd., S. 772.

⁹⁴ Schieferer (wie Anm. 41), S. 212.

Vereinbarung

zwischen

der Stadt Backnang und dem Vorort Steinbach

Nachdem unmittelbar nach dem Zusammenbruch ein von mehreren Einwohnern von Steinbach gestellter Antrag auf Ausgemeindung vom Landratsamt mit der Begründung abgelehnt worden war, dass dem Ansuchen vorläufig nicht näher getreten werden könne, ging beim Innenministerium in Stuttgart im Dezember 1949 ein neuer, von etwa 450 Steinbacher Einwohnern unterzeichneter Ausgemeindungsantrag vom 1. Dezember 1949 ein, der dem Bürgermeisteramt über das Landratsamt im Januar 1950 zur Stellungnahme zugeleitet worden ist. Diesem Antrag folgte im Februar 1950 ein weiterer Antrag der früheren Gemeinderäte von Steinbach an den Landtag vom 10.1.1950.

Der Gemeinderat hat sich mit den beiden Ausgemeindungsanträgen in der Sitzung vom 23.2.1950 beschäftigt und beschlossen, in Steinbach eine Bürgerversammlung abzuhalten, in der die bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt und eine gütliche Einigung zwischen der Stadt Backnang und dem Vorort Steinbach angestrebt werden soll. Die Bürgerversammlung fand am 4. März 1950 im Schulhaus in Steinbach statt; anwesend waren etwa 150 Steinbacher Einwohner, sowie die meisten Gemeinderatsmitglieder und die Abteilungsvorstände der städt. Ämter in Backnang. Die Versammlung, in der ein Teil der älteren Einwohner, insbesondere die früheren Gemeinderäte von Steinbach, mit aller Entschiedenheit auf dem Ausgemeindungsantrag beharrten, während die jüngere Generation den Wunsch für eine gütliche Einigung zum Ausdruck brachte, führte nach heftiger Diskussion zu dem Ergebnis, dass aus den Reihen der Steinbacher Bürger ein Ausschuss von etwa 10 - 15 wahlberechtigten Einwohnern gebildet werden soll, der sich mit der Stadtverwaltung über die Wünsche und Forderungen des Vororts Steinbach auseinandersetzen hat.

Am 25.3.1950 ging die Ladung der Kanzleidirektion des Württ.-Bad. Landtags in Stuttgart zu der auf Dienstag, den 11.4.1950 auf dem Rathaus in Steinbach anberaumten Sitzung des Verwaltungsausschusses des Landtags über den Ausgemeindungsantrag ein. Um die Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Landtags über den Standpunkt der Stadtverwaltung einigermaßen ins Bild zu setzen, wurde ihnen am 31.3.1950 eine Stellungnahme des Bürgermeisteramts Backnang zugeleitet. In der Sitzung vom 11.4.1950 wurde zunächst in Abwesenheit der übrigen Beteiligten Herr Landrat Limbeck gehört und dann die 6 Vertreter des Ausgemeindungsantrages, sowie der Bürgermeister und die anwesenden Gemeinderäte zugezogen. Bei der stattgefundenen Aussprache kamen zunächst die 6 früheren Gemeinderäte von Steinbach, sowie Gemeinderat Lutz, einer der beiden derzeitigen Gemeinderatsmitglieder von Steinbach, zu Wort; sie stützten den Ausgemeindungsantrag übereinstimmend darauf, dass Steinbach im Jahre 1940 vergewaltigt und gegen seinen Willen nach Backnang eingemeindet worden sei, und dass die Stadt Backnang die im Eingemeindungsvertrag vom 26.6./26.12.1940 übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Von seiten des Bürgermeisteramts, des Anwalts Büller in Steinbach und Gemeinderat Dietermann wurde nachdrücklich die Friedensbereitschaft der Stadt Backnang und die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Annahme der von Steinbacher

lichkeit hatte. Die bis dahin selbstständige Gemeinde Steinbach verlor nämlich bei der Eingliederung 1941 ihre Rechtsfähigkeit, die an die Stadt Backnang überging. Da ein Vertragsabschluss jedoch zwei rechtsfähige Personen voraussetzt und die Belange von Steinbach 1950 nur durch den Bürgermeister von Backnang vertreten werden konnten, dieser aber nicht einen Vertrag mit sich selber abschließen konnte, *muß die Vereinbarung vom 24. Juni 1950 als nichtig angesehen werden.*⁹⁵ Allerdings waren die meis-

ten der von der Stadt Backnang übernommenen Verpflichtungen im Wesentlichen auch schon im Vertrag von 1940 enthalten und bezogen daraus ihre Rechtsgültigkeit. Die Vereinbarung von 1950 war quasi nur noch eine – rechtlich nicht verbindliche – Zusicherung an die Steinbacher, den bereits 1940 festgeschriebenen Verpflichtungen nachzukommen – was in den Folgejahren dann ja auch geschah, indem beispielsweise 1955 die Steinbacher Dorfhalle und ein Jahr später der neue Sportplatz eingeweiht werden konnten.⁹⁶

⁹⁵ Ebd., S. 212 f.

⁹⁶ BKZ vom 25. November 1955 und 26. Mai 1956.